

## Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

---

Ursprung: Antrag, AfD

**TOP: 030 / 14.3**

## Antrag

gemäß § 21 (1) b GO

**Drs.Nr.: VIII/0917**

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | <i>Sitzung</i> | <i>Beratungsstand</i> |
|--------------|----------------|----------------|-----------------------|
| 14.11.2019   | BVV            | BVV/VIII/030   |                       |

### Rückkehrberatung im Bezirk installieren

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Bezirksamt eine Anlaufstelle für rückkehrwillige Ausländer zu schaffen, in der individuelle Förderbedarfe der Rückkehrer ermittelt und niedrigschwellig vorgehaltene Informationen zur Rückkehrberatung und Unterstützungsleistungen angeboten werden. In dieser Anlaufstelle sollten folgende Unterstützungsangebote integriert werden:

1. Rückkehrberatung für finanzielle Unterstützung (z. B. bei den verschiedenen Starthilfe-Programmen wie "Starthilfe Plus", REAG, GARP und ERRIN);
2. Unterstützungsberatung aus o. g. Programmen bei Reintegration in den Bereichen Wohnen und medizinische Versorgung;
3. Unterstützungsberatung aus o. g. Programmen bei Ausbildung und Studium in den Herkunftsländern, insbesondere für Frauen;
4. Betreuung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere bei der Reintegration in die Schulen der Herkunftsländer, Förderung der Muttersprache;
5. Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung dieser Angebote in mehreren Sprachen in Unterkünften, in verschiedenen, speziell für Ausländer angebotenen Kursen der VHS etc.;
6. Stelle für Datenerhebung bei Missbrauchsfällen.

#### Begründung:

Im Senat werden derzeit Überlegungen für eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur zusätzlichen Unterstützung der freiwilligen Rückkehr im Rahmen eines Landesprogrammes angestellt. Zur Unterstützung dieser Arbeitsgruppe sollte die Beantragung der finanziellen Hilfen im Rahmen z. B. des REAG/GARP-Programms durch lokale und regionale Behörden, Wohlfahrtsverbände, Fachberatungsstellen etc. im Bezirk implementiert werden.

Berlin, den 05.11.2019

Stv. Vorsitzender der AfD-Fraktion  
Denis Henkel  
und  
Andrea Lorenz